

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005618/2020
an den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und
Sicherheitspolitik**

Artikel 138 der Geschäftsordnung

David Lega (PPE), **Leopoldo López Gil** (PPE), **Antonio López-Istúriz White** (PPE), **Michael
Gahler** (PPE)

Betrifft: Die Verschlechterung der Menschenrechtslage und der humanitären Lage in Kuba

Der Ausbruch der Pandemie hatte schwerwiegende Auswirkungen auf eine bereits kritische Lage in Kuba, was zu einer der schlimmsten Nahrungsmittelknappheiten seit 25 Jahren geführt hat. Darüber hinaus mangelt es an den erforderlichen Hygieneartikeln.

Uns wurde zur Kenntnis gebracht, dass eine große Lieferung an humanitären Hilfsmitteln, die von der kubanischen Exilgemeinschaft bereitgestellt wurden, bei ihrer Ankunft in Kuba von den kubanischen Behörden unrechtmäßig beschlagnahmt wurde.

Wir bekräftigen, dass die kubanische Regierung gemäß dem Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba verpflichtet ist, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und zu verbessern. In dem Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit ist eine Bestimmung enthalten, wonach das Abkommen bei einer Verletzung der Menschenrechtsbestimmungen ausgesetzt wird. Wir sind der Auffassung, dass die jüngsten Ereignisse, die eine Fortsetzung der schweren Verletzungen der Menschenrechte sind, die das Land seit langen Jahren begeht, als besonders dringender Fall gemäß Artikel 85 des Abkommens betrachtet werden müssen.

1. Inwiefern stand der HR/VP in Bezug auf die Hindernisse für die humanitäre Hilfe in Kontakt mit der kubanischen Regierung?
2. Ist der HR/VP der Auffassung, dass die kubanische Regierung ihren Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit nachgekommen ist?
3. Beabsichtigt der HR/VP, eine Dringlichkeitssitzung gemäß Artikel 85 des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit einzuberufen?